

MARTIN PFANNSCHMIDT

Robert Schmidt / Essen: Der Mensch und sein Werk

Dem Begründer der deutschen Landesplanung zum hundertsten Geburtstag*

Robert Schmidt wurde am 13. Dezember 1869 in Offenbach am Main als Sohn eines Lederfabrikanten und einer Reutlinger Mutter geboren. Nach seinem hundertsten Geburtstag feiert der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk sein fünfzigjähriges Bestehen, der auf seine Initiative durch das preußische Gesetz vom 20. Mai 1920 gegründet und von ihm als Verbandsdirektor bis zum 30. September 1932 geleitet wurde. Wie erscheint uns heute der Mann, der diese Leistung vollbracht hat? Und wie weit wurden Städtebau und Landesplanung im ungeteilten Deutschland und in der westdeutschen Bundesrepublik von ihm beeinflusst? –

Als ich 1904 an einem heißen Julitag von Berlin über Bielefeld nach dem Rhein fuhr, glänzte über der betriebsamen Textilstadt und ihrer Sparrenburg ein tiefblauer Him-



Robert Schmidt / Essen

(Zur Verfügung gestellt vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk)

* Den Herren Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Siegfried Frioriep, Verbandsdirektor i. R. Dr.-Ing. Sturm Kegel und Oberingenieur Clemens Küper wird für die Bereitstellung der Vita-Akte Robert Schmidts und für Beihilfe an der Textbearbeitung bestens gedankt.

(Fortsetzung von S. 60)

werk“, das mit der Planung anzustreben sei. Diese Vorstellungen sind angesichts der drängenden und nüchternen Fragen z. B. des Verkehrs, der Wirtschaft, Luftverbesserung, Walderhaltung usw. in den Hintergrund getreten. Wenn heute viele Künstler Vorschläge für die Verschönerung des Ruhrgebietes machen oder wenn Aktionen für die Rettung von Baudenkmälern initiiert werden, so werden damit Versäumnisse der Planung deutlich. Die künstlerische Gestaltung einer Industrielandschaft ist eine noch nicht bewältigte Zukunftsaufgabe.

Das Verhalten des Menschen in seiner Umwelt muß ständig überdacht werden. Die Soziologen sollten Raumplanern und Politikern deutlicher als bisher z. B. auf die Fragen antworten, was der Mensch im räumlichen Bereich lebensnotwendig braucht und was in einer zunehmend technisierten Welt für die Gesellschaft zuträglich ist. Es ist aber auch eine offene Frage, ob die gegenwärtigen Motive menschlichen Verhaltens und Handelns auch in Zukunft wirksam sein werden. Möglicherweise ergeben sich später andere Motive aufgrund der heute geschaffenen Bedingungen.

Betrachtet man abschließend die räumliche Situation des Ruhrgebietes 1920 und vergleicht sie mit den heutigen Entwicklungen in anderen Verdichtungsgebieten, so ist die Feststellung berechtigt, daß der SVR 1920 zu spät gegründet worden und daher die rechtzeitige Schaffung wirksamer Organisationen für Planung und Maßnahmen in anderen sich schnell verdichtenden Stadtregionen dringend erforderlich ist.

Hinweis auf neuere Veröffentlichungen über den SVR

- [1] Umlauf, Josef: Wesen und Organisation der Landesplanung. – Essen: R. Bacht 1958.
- [2] Umlauf, Josef: Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. Organisation und Arbeitsweise. Hrsg. vom SVR. – Essen 1960.
- [3] Kegel, Sturm: Das Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, ein Meisterwerk des Verwaltungsaufbaus. S. 84–88 in: Selbstverwaltung der Wirtschaft. 2. Aufl. – Duisburg 1963. = Schriftenreihe der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, H. 40.
- [4] Neufang, Heinz: Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (1920–1963). In: Öffentliche Verwaltung. 16. Jg. (1963) H. 21/22, S. 812–819.
- [5] Umlauf, Josef: Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk als Modell. In: Kommunalwirtschaft. (1966) H. 5, S. 203–208.
- [6] Halstenberg, Friedrich: Praktische Regionalpolitik im Ruhrgebiet. In: Der Europäische Gemeindetag. 9. Jg. (1966) H. 1.
- [7] Halstenberg, Friedrich: Regionalplanung im Ruhrgebiet. In: Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht. 16. Jg. (1967) H. 2, S. 25–30.
- [8] Schmitz, Gottfried: Freiraumplanung in industriellen Ballungsgebieten, dargestellt am Beispiel Ruhrgebiet. In: Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. 12. Jg. (1968) Sonderausg., S. 65–67.
- [9] Steinberg, Heinz Günther: Die Entwicklung des Ruhrsiedlungsverbandes. S. 115–152 in: Ruhrgebiet und neues Land. Hrsg. von Walter Först. – Köln: Grote 1968. = Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalen, Bd. 2.
- [10] Wierling, Ludger: Functions and competences of the Ruhr Planning Association. In: Studies in comparative local government. – Den Haag 1969.
- [11] Frioriep, Siegfried: Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. In: Handwörterbuch der Raumforschung, Raumordnung und Stadtplanung. – Hannover: Gebr. Jänecke 1970.

mel. Zwischen Ruhr und Emscher wurde der gleiche Himmel durch Wolken von Rauch, Ruß und Abgasen verfinstert, die Kohlezechen, Kokereien, Eisen- und Stahlwerke über engbrüstige Städte und öde Arbeiterviertel legten. Wenige Jahrzehnte später sagte der Engländer *Arthur Shadwell*, daß „im Vergleich mit dem Inferno von Pittsburgh in Amerika die Stadt Sheffield in England sauber und Essen ein Vergnügungsort sei“¹.

Diese revolutionäre Wandlung Essens und des Ruhrgebiets begann im Jahre 1901, als *Robert Schmidt* nach Studium des – damals noch ungeteilten – Bauwesens in Hannover und nach sechsjähriger Tätigkeit bei der Rheinstrombauverwaltung, der Rheinischen Bahngesellschaft und den Wasserbauinspektionen Düsseldorf und Ruhrort als Regierungsbaumeister seinen Abschied nahm und einem Ruf des Oberbürgermeisters *Zweigert* der Stadt Essen folgte. Schon vorher hatte er in *Lilli von Bandel*, einer Enkelin des Erbauers des Hermannsdenkmals bei Detmold, eine Lebensgefährtin gefunden. In Essen sollte er durch einen Bebauungsplan die eingemeindeten Vororte Altendorf und Frohnhausen, in ihnen als Schwerpunkt die Kruppschen Fabriken, organisch mit dem Stadtkern verbinden. Der Eisenbahn- und Tiefbauingenieur wandte sich damit dem Städtebau zu. Als er 1905 zum Beigeordneten für den Tiefbau gewählt wurde, schuf er, im Ringen mit dem Beigeordneten für Hochbau, für seine Tätigkeit den neuen Begriff des Stadtplanungsdezernenten. Er machte aus seinen Bebauungsplänen ein abgerundetes Ganzes, indem er ihnen genaue Vorschriften über die Ausnutzung der Grundstücke, über die Höhenbegrenzung der Bauten und eine Bauordnung beifügte. 1901 zählte Essen 120 000 Einwohner und hatte eine Bauordnung von fünf Geschossen und 25 m tiefen Flügelbauten. Als der „Baumeister von Essen“ 1934 im Parkfriedhof beigesetzt wurde, lebten 650 000 Einwohner in einem größeren Stadtgebiet, von dem nach seiner Bauordnung von 1908 fast drei Viertel der Fläche zweigeschossig bebaut wurden.

Blättert man in *Raymond Unwins* „Grundlagen des Städtebaus“², so sieht man, wie nach der Jahrhundertwende *Ebenezer Howards* Leitbild der Gartenstadt auch den deutschen Städtebau beeinflusste. *Raymond Unwin*, der Altmeister des angelsächsischen Städtebaus, war sechs Jahre älter als *Robert Schmidt*. Er hatte fünf Jahre vor dessen städtebaulichem Beginn in Essen erste Meisterpläne für die Gartenstädte Letchworth und Hampstead geschaffen und zuvor auch den mittelalterlichen Organismus süddeutscher Städte studiert. *Robert Schmidt* sah diese englischen Gartenstädte, wurde mit ihrem Schöpfer bekannt und durch eine lebenslange Freundschaft verbunden³. Er entwickelte auf diesen Grundlagen die „Industrie- und Wohnstadt“ Essen zu einem „Gesamtgebilde, dessen einzelne Elemente sich gegen-

seitig ergänzen“, wobei unbeschadet einer „Zentralisierung gewisser gemeindlicher Lebensvorgänge... unter voller Auswirkung des neuen Nahverkehrsmittels“ eine möglichst weitgehende Auflockerung der Gesamtentwicklung erfolgt.“ Diese radikale Umwandlung einer Industriestadt des 19. Jahrhunderts zur ersten Industrie-, Wohn- und Gartenstadt unseres Jahrhunderts ist wohl die größte städtebauliche Leistung Deutschlands vor dem ersten Weltkrieg geblieben. Zu ihr gehört auch die von Architekt Professor *Metzendorf* geschaffene Siedlung Margarethenhöhe, zu deren Stiftung *Robert Schmidt* Frau *Margarethe Krupp* bewogen hatte. Als geschlossener Trabant trat sie ebenbürtig neben die englischen Gartenstädte.

1910 brachten die Städtebauausstellungen in Berlin und in Düsseldorf neue Impulse. Dort entstand der Zweckverband Großberlin als Vorläufer der Einheitsgemeinde Großberlin vom 1. Oktober 1920. Hier setzte der Regierungspräsident von Düsseldorf eine Grünflächenkommission ein, die unter Schriftleitung von *Robert Schmidt* Vorschläge für die Erhaltung der durch Bergbau und wilde Wohnsiedlungen bedrohten Waldflächen des Ruhrgebiets machen sollte. Der Stadtplaner wurde damit vor eine übergemeindliche Planungsaufgabe gestellt. Als die Ansichten der Kommission über sie geteilt blieben, verfaßte *Robert Schmidt* eine eigene Denkschrift „Grundsätze zur Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch)“, die 1912 der Technischen Hochschule zu Aachen als Dissertation eingereicht wurde. „Die Beachtung des Ganzen, des umgebenden Raumes mit allen Beziehungen“, die *Robert Schmidt* schon von der Stadtplanung gefordert hatte, wurde jetzt zum Prinzip einer speziellen Landesplanung des Ruhrbezirks erhoben; seine Denkschrift wurde damit zur Gründungsurkunde der deutschen Landesplanung:

„Dieser Generalsiedlungsplan stellt einen Organismus dar, dessen einzelne Teile in Wechselbeziehungen zueinander alle Bedürfnisse der modernen Massensiedlung erfüllen müssen. Er soll geben die Lösung der Wohnungsfrage verbunden mit den Erholungsstätten in der erquickenden Natur: die Großarbeitsstätten getrennt von den Wohnstätten, so daß sie sich wechselseitig nicht ungünstig beeinflussen; außerdem muß durch ihn die Regelung der Verkehrsfragen jeder Art erfolgen mit dem Endzweck, ein in allen Teilen und Formen den Bedürfnissen voll entsprechendes Kunstwerk zu formen, dessen Aufbau ohne Zerstörung, ohne Irrwege stetig fortschreitend möglich ist. Die Durchführung des Generalsiedlungsplanes liefert den Nährboden für eine gesunde, frohe, arbeitsame Bevölkerung, deren Nationalstolz und Vaterlandsfreude geweckt und gestählt werden durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem planmäßig einwandfrei angelegten und geleiteten Großunternehmen, das aufgebaut ist nach den Grundsätzen des Gemeinwohls“⁴.

Beschränkte sich die Denkschrift *Robert Schmidts* auftragsgemäß auf den rechtsrheinischen Teil des Bezirks Düsseldorf, so setzte sich nach dem ersten Weltkrieg sein

¹ Vita-Akte Dr.-Ing. *Robert Schmidt* des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, behündigt von Oberingenieur *Clemens Küper*, Essen. Hier aus ihrer Anlage 13 von *Heinrich Vormbrock*.

² Deutsche Übersetzung von *Mac Lean*. 1. Aufl. 1910, 2. Aufl. Berlin 1922.

³ Nach brieflicher Mitteilung seiner Tochter, Frau *L. Imhoff*, Essen.

⁴ *Küper, Clemens*: Entwurf zu einer Kurzbiographie von Dr. *Robert Schmidt*, Anlage 1 zu a. a. O.¹, S. 5. – „Das neue Nahverkehrsmittel“ war damals die elektrische Straßenbahn. Pferdeomnibusse wurden erst seit 1918 durch Kraftomnibusse ersetzt.

⁵ Mit vorhergehenden Daten entnommen aus a. a. O.⁴, S. 4 und 10.

Oberbürgermeister *Hans Luther* unter richtiger Ablehnung einer monoindustriellen Ruhrprovinz für einen kommunalen Siedlungsverband ein, der den gesamten Steinkohlenbezirk der Provinzen Rheinland und Westfalen umfaßte. Angesichts der nationalen Notwendigkeit, die Steinkohlenförderung durch Rationalisierung der gesamten Wirtschaft und Siedlung zu heben, wurde das Gesetz zur Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 20. Mai 1920 gegen das Votum des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf und des preußischen Innenministers, aber mit Unterstützung des Ministers für Volkswohlfahrt *Hirtsiefer*, vorher Stadtverordneter von Essen, vom preußischen Landtag einstimmig angenommen. Von *Robert Schmidt* stammten seine Ideen und technischen Begründungen, von dem Essener Beigeordneten *Bucerius* seine Rechtsformulierungen. Oberbürgermeister *Hans Luther* gewann die Mitglieder für seine nicht leichte Organisation, der Politiker *Hirtsiefer* ebnete ihm in dem nachrevolutionären Revier den Weg. Die Geburtsurkunde des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk war so die Frucht einer Gemeinschaftsarbeit, die für neue Gemeinschaftsbelange neue Formen fand. *Robert Schmidt* wurde auf Vorschlag von Oberbürgermeister *Luther* zu seinem Verbandsdirektor gewählt. Seine Leistungen führen von übergemeindlichen Planungen für Verkehr, Versorgung und zusammenhängenden Verbandsgrünflächen über die räumliche Gesamtlagerung getrennter Wohn- und Großarbeitsflächen bis zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaus, dem – von den Provinzialverwaltungen abgelehnten – Bau von Verbandsstraßen und der ersten Verwaltungsgebietsreform von 1929. Diese sollte ein Gleichgewicht zwischen Großstadtkreisen mit Erweiterungsraum für vierzig Jahre und ebenso leistungsfähigen Großlandkreisen mit ländlichen Siedlungen und kreisangehörigen Städten schaffen. Beide wurden aufgrund seines Gutachtens „Die kommunale Neugliederung im Ruhrbezirk“ von 1928 durch das „Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets“ vom 29. Juli 1929 verwirklicht. Kommunalpolitisch wollte *Robert Schmidt* durch dieses Gesetz die Stadt- und Landesplanung, die in Großbritannien durch direkte Unterstellung der Stadt- und Landkreise (town and country councils) als örtlicher Planungsbehörden unter das Planungsministerium zweistufig organisiert ist, in den preußischen Landkreisen dagegen vierstufig aufgespalten war, auf ihrer dritten Stufe konzentrieren. Wir unterbrechen auf diesem Höhepunkt die Chronik seiner siedlungspolitischen Erfolge und schalten aus Unterlagen des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk⁶ Urteile seiner Zeitgenossen über die Persönlichkeit des „ersten deutschen Landesplaners“ ein:

Hugo Rosendahl, Oberbürgermeister i. R. von Hamborn (Anlage 17):

„Der schlanke, ranke Mann sprühte von Geist und verfügte über ein glänzendes Organisationstalent.“

Günther van Endert, Landrat a. D. des Großkreises Moers, Senatspräsident i. R. des Obergerverwaltungsgerichts von Nordrhein-Westfalen (Anlage 20):

„*Robert Schmidt* war eine genial veranlagte, durchaus schöpferische Persönlichkeit, deren stark künstlerischer Einschlag sich auch in dem feingeschnittenen, ausdrucksvoll profilierten, energischen Kopf mit den klugen, fröhlichen Augen ausdrückte. Seine temperamentvolle, strahlende Art, seine manchmal fast jugendlich anmutende Unbekümmertheit, mit der er sich gab, hatten etwas bezwingendes. So liebten ihn die Freunde, so fürchtete ihn die nicht geringe Zahl der Gegner. – Bei alledem war er eine Kämpfernatur, die sich ohne viel Federlesens für eine Sache, die er für gut und richtig erkannt hatte, rückhaltlos einsetzte... Einer der nicht zu zahlreichen geprägten Köpfe, die einer gärenden Zeit geistig gewachsen waren. Ein hervorragender Gestalter und Verwalter, ein charaktvoller, gütiger und liebenswerter Mensch.“

Der württembergische General *Watter* nannte ihn (in Unterredung mit Oberbürgermeister a. D. *Dillgardt*, Duisburg, Anlage 10):

„seinen Freund“ und „betonte, daß der Verbandsdirektor einer der wenigen war, der in den damaligen, durch den Kapp-Putsch hervorgerufenen Demonstrationen in Essen seinen Mann gestanden und... (mit) außerordentlicher Geschicklichkeit zur rechtzeitigen Befreiung beigetragen habe.“

Professor *Martin Wagner*, nach Verzicht von seiten des gleichfalls zur Bewerbung aufgeforderten *Robert Schmidt*⁷, 1926 zum Stadtbaurat von Berlin gewählt, schreibt (1950?) aus seinem Exil an der Universität Cambridge USA (Anlage 16), wie ihn *Robert Schmidt* an einem heißen Juliabend in seinen Garten einlud und sich nach seiner Ankunft aus einem Arbeiter in Drillhose in einen Aristokraten verwandelte:

„Der Garten seines Arbeitertums und seines Herrentums war für ihn nur das Symbol für ein Stück Erde und für ein Volk von weltgeschichtlicher Bedeutung⁸. Stahlbaron und Kohlenkumpel in einer Person zu sein, das war die Zwiagegestalt des großen ‚*Schmidt von Essen*‘!... Ein Großkreis war für *Schmidt* nichts anderes als das ‚Ganze‘! War er doch selbst ein Ganzes, d. h. ein Herr und ein Diener, ein Konservativer und ein Sozialist, ein

⁷ Von der Ansicht von Landesrat a. D. *Reinhold Niemeyer* (a. a. O.¹, Anlage 11), *Robert Schmidt* habe „versagt, weil er 1926 die Größe dieser Aufgabe nicht voll erkannte und vielleicht auch die persönliche Wärme seines Ruhrsiedlungsverbandes nicht aufgeben wollte“, ist allenfalls der Schluß richtig. *Robert Schmidt* hatte, wie er selbst in der Broschüre des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Landesplanung: „Landesplanung und Verwaltungsgebiete im Ruhrgebiet“ o. J. (1928?) ausführt, die Landesplanung des Ruhrbezirks von Anfang an als Kontrastplanung zu der zentralen Großballung der Reichshauptstadt mit ebensoviel Millionen Einwohnern aufgefaßt. Er mußte daher von der Unmöglichkeit überzeugt sein, ihre Struktur in der ihm verbleibenden Schaffenszeit nachhaltig aufzulockern. Sein Oberbürgermeister Dr. *Hans Luther* (Anlage 8, S. 7 a. a. O.¹) sagte zur Frage einer anderweitigen Berufung *Robert Schmidts* in ein Berliner Ministerium, „*Schmidt* hätte in keiner anderen Umwelt geherrscht.“

⁸ Daß für *Robert Schmidt* die Arbeit an seinem Hausgarten Quelle körperlicher Kraft, geistiger Erneuerung und Symbol seines Wirkens war, ging aus seinem Epos hervor, in dem er den eigenhändigen Bau seines Gartens in Hexametern besang. Er las aus diesem Epos Oberbaurat *Lindemann*, Merseburg, vor, der 1930 sein Gast war. Das Epos wurde mit seinem übrigen Nachlaß leider durch Ausbombung vernichtet. Körperlich war *Robert Schmidt* ein Leichtathlet, musisch vielseitig begabt. In Essen war er als „*Bob Schmidt*“ stadtbekannt, sein Heim mit gastlicher Gattin ein Mittelpunkt froher Geselligkeit. Vgl. hierzu die einzige bisher veröffentlichte, aus der Vita-Akte a. a. O.¹,⁴ entwickelte Kurzbiographie von *Steinhauer, Gerhard: Robert Schmidt, Lebensbild eines großen Ordners*. – Köln, Opladen 1967. = Schriften der volks- und betriebsw. Vereinigung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Sonderreihe, Heft 6.

⁶ Anlagen zu a. a. O.¹, deren Zahlen jeweils vermerkt sind.

Priester und ein Politiker, ein Künstler und ein Ingenieur!... Und so wurde *Schmidt* auch seinem eigenen Spezialistentum untreu. Aus einem Bauingenieur wurde schließlich ein Politiker, ein Ökonom, ein Verwalter, ein Künstler, ein Jurist, d. h. in einem einzigen Wort: ein Landesplaner – und der erste Landesplaner, würdig, diesen Titel zu tragen und ihn zu adeln!... Sollte der deutsche Städtebau und Regionalbau des zwanzigsten Jahrhunderts je einen Geschichtsschreiber finden, dann wird dieser gar nicht anders können, als *Robert Schmidt* den ersten wirklichen und erfolgreichen Städtebauer und Landesplaner zu nennen. Zwar ist richtig, daß *Schmidt* verhältnismäßig wenig ‚Schule‘ hinterlassen hat! Aber war die Zeit, die seine Schüler schulen konnte, nicht die Zeit des Rückfalls und der Reaktion? War die Zeit von 1930 bis 1950 wirklich eine Zeit des ‚*Schmidt von Essen*‘? Oder war es eine Zeit, die das Ganze wieder in Stücke gehen ließ?“ –

Mitte der zwanziger Jahre setzen nunmehr die Eindrücke ein, die ich selbst, bei Eintritt in die Stadtplanung fast eine Generation jünger, von *Robert Schmidt*, seinem Wirken und seiner Person, empfang. Sie führen von dem goldenen Zeitalter der Stadt- und Landesplanung in den zwanziger Jahren bis zum Zerfall ihrer ersten Ganzheit und lassen mit *Martin Wagner* fragen, ob die Landesplanung und Raumordnung unserer Zeit wieder den Weg zu einer neuen Ganzheit finden kann.

1925 mit der Bearbeitung eines Wirtschafts- und Bau-stufenplanes für Barmen beauftragt, trat ich mit dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in einen ersten Kontakt. Die – damals noch geteilten – Wupperstädte Barmen und Elberfeld hatten von ihrem Optionsrecht eines Beitritts zum Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk keinen Gebrauch gemacht und legten ebenso Wert darauf, ihre Planungsautonomie gegenüber dem Regierungspräsidenten zu Düsseldorf zu behaupten. Um so mehr machte ich als Planbearbeiter von der Freiheit Gebrauch, mich vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk beraten zu lassen. Verbandsdirektor *Robert Schmidt*, sein Erster Beigeordneter Dr. *Rappaport* und ihre Mitarbeiter gaben mir im neuen Verbandsgebäude wertvolle Verwaltungshilfe. In dem am 8. Juli 1925 vom Regierungspräsidenten gegründeten, freiwilligen Landesplanungsverband zu Düsseldorf unterstützte mich Dr. *Hermann Hecker* bei der schwierigen Verkehrsstraßenplanung im Bergischen Land, ohne selbst mit seinen Oberbürgermeistern über die Linienführung künftiger Autobahnen einig zu werden. Als der überalterte Bauausschuß von Barmen notwendigen Herabzonungen der Innenstadt nicht zustimmte, kam ich zu der Überzeugung, daß Widerstände der Großstädte gegen eine gesunde Auflockerung nur durch ihre Einbindung in die Landesplanung behoben werden könnten, und übernahm 1927 die Bearbeitung eines Gesamtsiedlungsplanes für die am 2. April 1925 gegründete Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk.

Hier hatte der Regierungspräsident von Merseburg mit seinem Baurat Dr. *Stephan Prager* Land- und Stadtkreise der Braunkohlen- und Industriegebiete zu einem Landesplanungsverband zusammengeschlossen, dem auch die Kreise des Freistaates Anhalt und die Stadt Magdeburg beigetreten waren. Örtliche Siedlungsausschüsse hatten durch private Städtebauer Wirtschaftspläne aufstellen lassen, die

satzungsgemäß im Einvernehmen mit den verflochtenen Wirtschaftsgebieten der Landesplanungen der Freistaaten Sachsen und Thüringen zu einem Gesamtsiedlungsplan zu verbinden waren. Planungsverfahren des monoindustriellen Ruhrsiedlungsverbandes und britischer Regionalplanungen waren bei Lösung dieser neuen Planungsaufgabe weiter zu entwickeln, um hochwertige Agrargebiete von vielgestaltigen industriellen Wachstumsgebieten zu trennen und staatliche Hauszinssteuermittel für deren Arbeiterwohnungsbau richtig anzusetzen. Bodenschätze, Grundwasservorräte, natürliche Bodentypen und Rodungsgebiete, Industriestandorte und Pendelwanderungen wurden hierzu überstaatlich erhoben und die vorhandenen Kreisplanungen der Siedlungsausschüsse in ihre Aufbauelemente eingeschmolzen. – Als *Robert Schmidt* Ende 1929 den jungen Verband deutscher Landesplanungsstellen in Merseburg tagen ließ, war er von den Andruckten des Gesamtsiedlungsplanes begeistert und trug dem Regierungspräsidenten von Merseburg an, ein Vorwort für den „Merseburger Landesplanungsatlas“ zu schreiben. Dieser lehnte das Angebot ebenso ab wie die Veröffentlichung seines Erläuterungsberichts, da er auf Weisung des preußischen Innenministers die Bildung eines zweiten kommunalen Siedlungsverbandes verhindern sollte, der innerhalb Preußens zu einer weiteren Schwächung der Staatsaufsicht und außerhalb seiner Grenzen zu zwischenstaatlichen Verwicklungen hätte führen können. Umgekehrt kamen die mitteldeutschen Siedlungsausschüsse *Robert Schmidts* Vorstellungen von Großlandkreisen mit kreisangehörigen Städten entgegen, die die Volkswirtschaft mit weniger Kosten für öffentliche Dienste belasten sollten.

Daß diese Grundlagen raumpolitischer Dekonzentration noch keineswegs geklärt waren, hatte sich bereits auf einer früheren Tagung des Verbandes deutscher Landesplanungsstellen, der deutschen Gartenstadtgesellschaft und der westfälischen Heimstätte in Bielefeld gezeigt, die am 13. und 14. Oktober 1928 in Gegenwart des Ministers für Volkswohlfahrt *Hirtsiefer* und seiner Räte, des Oberpräsidenten und zahlreicher Kommunalpolitiker stattfand. Sie war mit dem Richtfest einer Heimstättensiedlung für dreihundert Arbeiter der Stadt Bielefeld auf Landkreiselände verbunden, das mit Zuschüssen der Stadt Bielefeld erschlossen worden war⁹. *Robert Schmidt* empfahl in seinem Hauptvortrag den Oberbürgermeistern, den Landräten und der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, sich für seinen Großkreisgedanken einzusetzen, da sich bei der heutigen Verfassung der Stadt- und Landkreise die Ziele der Gartenstadtgesellschaft nicht verwirklichen ließen. Die Großlandkreiswirtschaft könne von den Kommunalverbänden nach einheitlichen Wirtschaftsplänen billiger entwickelt werden als die Großstadtwirtschaft. Sie entlaste die Wirtschaft steuerlich und verbinde agrarische und industrielle Wirtschaft zu einer glücklichen Einheit. Sein Korreferent Dr. *Fuchs-Breslau* sah eine begriffliche Unklarheit dieser Großlandkreisfunktion darin, daß die Stadt in ihren mannigfachen Abstufungen ein echter Siedlungskörper, der Großlandkreis dagegen nur ein Rahmen für verschiedene

⁹ Westfälische Zeitung (Bielefeld) vom 15. Oktober 1928.

Siedlungsformen sei – Fragen übergemeindlicher Strukturplanung, die in der gegenwärtigen Verwaltungsgebietsreform erneut zum Problem gestellt sind.

Allein auf die Förderung seines Siedlungswerkes bedacht, sah *Robert Schmidt* damals nicht voraus, daß er durch die Bildung starker Großstadt- und Großlandkreise im Ruhrbezirk sowohl die Stellung seines Verbandes wie auch seiner Person als Verbandsdirektor schwächen würde. Der Machtzuwachs der durch Eingemeindungen vergrößerten Großstädte war infolge zentralisierter Verwaltungsbefugnisse stärker als auf seiten zusammengelegter Großlandkreise mit dezentralisierter Selbstverwaltung vieler Gemeinden, die nur bedingt für übergemeindliche Kommunalaufgaben zusammengeschlossen werden konnten. Die Oberbürgermeister wiederum gerieten unter verstärkten Einfluß der städtischen Haus- und Grundbesitzer, die ihre Bodengewinne nicht durch Herabzonen vermindern lassen wollten. Deshalb entlasteten Oberbürgermeister und Grundbesitzer in der schweren Wirtschaftskrise nach 1928 den Erschließungsaufwand durch Heraufzonen. Stadt- und Landkreisausschüsse wurden zudem durch Nationalsozialisten unterwandert, die in grundsätzlicher Opposition zu allen früheren Leistungen des ‚Systems‘ standen. So kam es, daß *Robert Schmidt* bei Ablauf seiner Wahlperiode am 30. 9. 1932, damals 62 Jahre alt, nicht wieder zum Verbandsdirektor gewählt wurde. Auch seine volle Rehabilitierung durch den Kommissarischen Beauftragten, Oberbürgermeister *Dillgardt* (a.a.O. 1, Anlage 10), konnte hieran nichts mehr ändern. –

Nach Verlust des zweiten Weltkriegs drang das Massenmiethaus weiter vor, obwohl der Nachfolger *Robert Schmidts*, sein früherer Erster Beigeordneter Dr. *Rappaport*, für den Bergmann das Eigenheim bevorzugte, von den staatlich geförderten Bergmannswohnungen auch in Großstädten selten mehr als vier Wohnungen in einem Haus vereinte und stark durchgrünte. Der Rückschlag, den das deutsche Siedlungswesen seitdem erfuhr, hat sich inzwischen im Zeichen des Wirtschaftswunders verstärkt. –

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung hatten *Raymond Unwin* und *Robert Schmidt* im Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Landesplanung der internationalen Fachwelt, den Politikern aller Länder und dem städtebaulichen Nachwuchs einheitliche Leitbilder einer Siedlungspolitik eingeprägt, die den Arbeiter durch Rückverbindung mit eigenem Boden entproletariserte und der neuen Industriegesellschaft eine menschenwürdige Umwelt schuf. Durch solidarisches Bekenntnis der zivilisierten Länder zu diesem Leitbild sind mir die Kongresse dieses Verbandes in Wien 1926, Paris 1928 (mit vorhergehender Gartenstadtreise nach Südengland) und Berlin 1931 unvergesslich geblieben. Nach dem Tode seines alten Freundes *Raymond Unwin* sollte *Robert Schmidt*, bisher einer seiner Vizepräsidenten, zu seinem Verbandspräsidenten gewählt werden. Er bat jedoch, aus politischen Gründen, von seiner Wahl Abstand zu nehmen¹⁰. Seit 1929 Präsident der Freien

deutschen Akademie für Städtebau von 1923, erreichte er noch, daß Vorschläge von ihm für die Landesplanungsgesetzgebung in das Wohnsiedlungsgesetz vom 22. Juli 1933 aufgenommen wurden. Anliegen seines „Entwurfs zu einem Reichsgesetz zur Gesundung der Städte“ stehen zur Zeit im „Städtebauförderungsgesetz“ erneut zur Diskussion. Im Gegensatz zu dessen Entwurf forderte *Robert Schmidt* freilich schon als Stadtplaner von Essen einen „in allen Teilen lebensfähigen Organismus... Dieser Organismus muß im Laufe seines Entstehens später die Ergänzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten haben, ohne daß zu seiner Durchführung Zerstörungen an dem Vorhandenen vorgenommen werden müssen“¹¹. Diese Zerstörungen werden später um so größer und kostspieliger, je weniger Baunutzungsordnungen und Stadtplanungen von Anbeginn Ergänzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten offengehalten haben. –

Im Frühjahr 1934 sah ich *Robert Schmidt* zum letzten Male in Berlin Unter den Linden. Er kam gerade aus der Staatsbibliothek von Quellenstudien zur mittelalterlichen Ostkolonisation und erzählte, daß er die übevölkerten Rheinlande als Ursprungsgebiete ihrer Expansion festgestellt habe¹². Ich berichtete ihm von Vorarbeiten zur Ideenskizze eines Gesamtsiedlungsplanes von Berlin und Umgebung, von dessen industriellen Standortuntersuchungen und von einem wasserwirtschaftlichen Gutachten für die Landesdirektion der Provinz Brandenburg, das eine Rekultivierung überdüngter Berliner Rieselfelder und ihre Einbindung in Großgrünflächen empfahl. Er entgegnete darauf, er habe mit seinem Schwiegersohn *Karl Imhoff*, Leiter der Emscher-Genossenschaft, an der Peripherie von Großstädten kleine biologische Kläranlagen mit kürzestem Weg frischer Abwässer bis zur Klärung vorgeschlagen, um ihren Kompost an Gärtner und Landwirte zu liefern und kostspieligere Großkläranlagen mit langem Zufluß faulender Abwässer zu vermeiden. Auch hier ging die Abwasserwirtschaft des Ruhrgebiets inzwischen andere Wege.

Damals 65 Jahre alt, glich *Robert Schmidt* noch einem Fünfziger. Kurz darauf, am 19. Mai 1934, setzte in einem Sanatorium in Münstereifel ein Herzinfarkt seinem Wirken ein Ende. Seine Zeitgenossen hatten ihren ersten Landesplaner solange getragen, wie sie seinen weitgesteckten Zielen zu folgen vermochten. Als seine Ziele ihr Fassungsvermögen und ihren Willen zur Wandlung alter Institutionen überstiegen, ließen sie ihn fallen. Die Freie Deutsche Akademie für Städtebau, der er bis zu seinem Tode vorstand, ist heute in zwei Nachfolgeakademien gespalten. Beide haben im Gegensatz zu angelsächsischen Ländern, aber mit der Mehrheit der deutschen Parteien, die Gartenstadt als städtebauliches Leitbild aufgegeben. Ohne ihr Leitbild laufen die deutsche Landesplanung und Raumordnung Gefahr, zu einer Routine ohne Seele zu werden.

¹¹ a. a. O.⁴, S. 3.

¹⁰ *Paul Wolf*, Dresden: Nachruf für *Robert Schmidt* vom 21. 9. 1934. In: *Prager, Stephan*: Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung... 1922–1955. – Tübingen 1955. S. 84.

¹² Auch diese Studien wurden durch Ausbombung seines Essener Hauses vernichtet. Eine systematische Sammlung seiner außerhalb Essens noch erhaltenen Schriften wurde bei den beteiligten Verbänden und Akademien angeregt.

Der hundertste Geburtstag seines ersten Landesplaners stellt daher unser Volk und seine Planer erneut vor die Frage *Martin Wagners*, ob sie gewillt und in der Lage sind, sein in Stücke zerfallenes Siedlungswerk wieder zu einem heilen Ganzen zu verbinden. Daß der Wille zu einer einheitlichen Raumordnung vorhanden ist, bezeugt der Erlaß des Raumordnungsgesetzes vom 8. April 1965 und die schrittweise Verwirklichung der Grundsätze seines § 2. Das siedlungspolitische Grundanliegen *Robert Schmidts* und der Besten seiner Zeit: gesunde Flachbaugebiete mit Gärten als Norm der Arbeiterwohnung und maßvolle Verdichtungen

der Großstadtkerne – wird jedoch nicht mehr gewollt, sondern in sein Gegenteil verkehrt. Unsere Stadtkerne und Wohngebiete werden vor einer tödlichen Erstarrung in Hochhäusern nur durch gerechtere Boden-, Bau- und Finanzordnungen befreit werden können, von deren Zielen wir uns seit dem Tode *Robert Schmidts* entfernt haben. Hierzu bedarf es einer fortgeschrittenen Gemeinschaftsreife und einer Rückbesinnung auf die humanen und wirtschaftlichen Grundsätze der Stadt- und Landesplanung, denen *Raymond Unwin* in der angelsächsischen Welt und *Robert Schmidt* in Deutschland zum Durchbruch verholfen haben.